

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung
SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (1994)

Heft: 4: Zauberworte "Dialog" und "Mediation" : Kooperation statt
Konfrontation?

Artikel: Hand in Hand in den Olympia-Himmel?

Autor: Eyer, Germann

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586543>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Hand in Hand in den Olympia-Himmel?

1992: Retortenstädte, Autobahnen und ein neuer Flughafen wurden für die Olympischen Winterspiele in Albertville hingeklottzt. 1994: Das Internationale Komitee lobt die Norweger, in Lillehammer die umweltfreundlichsten Spiele durchgeführt zu haben. Nun greift die Stadt Sitten mit dem Kanton Wallis nach den olympischen Ringen. Das Walliser Komitee Olympia 2002 will die in Lillehammer eingeläutete grüne Trendwende fortsetzen. Vier schweizerische Umweltverbände nahmen Einsitz im Kandidaturkomitee. Eine kritische Selbstanalyse.

Von German Eyer*

"Spiele der Ausgewogenheit" laute das Leitmotiv der Winterolympiade im Jahr 2002 im Wallis, verkündeten die Promotoren vor der Volksabstimmung vom 12. Juni 1994. 61 Prozent der Walliser Stimmbürgerinnen und Stimmbürger stimmten der Defizitgarantie von 30 Millionen Franken zu und votierten damit für die Walliser Kandidatur. Das Ergebnis ist ange-

sichts der Tatsache, dass es überhaupt keine Kampagne gegen die Olympiakandidatur gab, nicht überwältigend. Damit die Anliegen der Umwelt und des Naturschutzes voll respektiert würden, signalisierten vier nationale Umweltverbände, die Naturfreunde Schweiz (NFS), der Verkehrsclub Schweiz (VCS), die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz (SGU) und der Schweizerische Bund für Naturschutz (SBN) Bereitschaft, im Kandidaturkomitee mitzuarbeiten. Den Umweltverbänden standen Tür und Tor ins Kandidaturkomitee offen. Mit welschem Charme hiess man sie willkommen. Die Umweltverbände liessen ihre Muskeln spielen und teilten mit, dass sie, falls ihre Forderungen nicht gebührend berücksichtigt würden, mit dem entsprechenden Gepolter wieder aus dem Kandidaturkomitee aussteigen würden.

Umweltvertrag: nicht vielmehr als ein Zückerchen

Eine Umweltschutzkommission erarbeitete in der Folge einen anderthalbseitigen Umweltvertrag, welcher vom Kandidaturkomitee Olympische Winterspiele 2002, der Stadtgemeinde Sitten, dem Staatsrat des Kantons Wallis und den vier nationalen

Umweltverbänden unterzeichnet werden sollte. Im Vertrag wurde festgehalten, dass die Durchführung der "Spiele der Ausgewogenheit" nur dann wirklich umweltverträglich ist, wenn ihr Vollzug auf Kantons- und Gemeindeebene den nachhaltigen Entwicklungsgrundsätzen entspricht, welche in der Agenda 21 anlässlich des "Weltgipfels" vom Juni 1992 in Rio de Janeiro angenommen wurden. Die Unterzeichner wollten sich mit dem Umweltvertrag dazu verpflichten, bis zum 31.12.1995 eine olympische Stiftung für die alpine Umwelt zu gründen, falls die Stadt Sitten und der Kanton Wallis vom Internationalen Olympischen Komitee (IOK) zum Austragungsort der Olympischen Winterspielen bestimmt würden. Unter anderem könne diese Stiftung sogenannte "grüne Siegel" an Austragungsorte, welche den Grundsatz der "Spiele der Ausgewogenheit" erfüllen, verleihen. Finanziert werden sollte die Stiftung mit einem Prozent sämtlicher einkassierten Einnahmen (mindestens sechs Millionen Fran-

*German Eyer arbeitet im Teilpensum bei den Naturfreunden Schweiz als Redaktor der Zeitschrift "der Naturfreund". Er ist SP-Gemeinderat in der Walliser Grossgemeinde Naters.





ken). Der Umweltvertrag wurde den vier Umweltverbänden zur Begutachtung unterbreitet. Diese winkten ab: zu allgemein formuliert, keine konkreten Verpflichtungen, zu grosser Beigeschmack der Bestechung - so der Grundtenor der zuständigen Kreise. Konkrete Forderungen gehörten in den Umweltvertrag. Dies der Auftrag der Basis an die Verbandsspitzen. Gemeinsam wurde ein Zusatzprotokoll mit sechs klaren Forderungen, welche einen integrierenden Bestandteil des Umweltvertrages bilden sollten, ausgearbeitet.

Am 6. Juli 1994 wurde den verschiedenen Vertragspartnern das Zusatzprotokoll (siehe Kasten) mit einem Begleitschreiben zugestellt. Der Umweltvertrag könne von den Verbänden nur dann unterzeichnet werden, wenn die Walliser Regierung und mit ihr das Kandidaturkomitee mit dem Erlass konkreter Massnahmen im Umweltschutzbereich den Tatbeweis erbringe und sich mit dem Zusatzprotokoll einverstanden erkläre. In seltener Eile und Entschlossenheit reagierte der Walliser Staatsrat: Auf keinen einzigen Punkt des Protokolls

könne die Walliser Regierung eintreten, teilte Staatsratspräsident Richard Gertschen den Organisationen zwei Tage später mit. Vom Kandidaturkomitee traf keine offizielle Stellungnahme ein. Über die Medien war zu erfahren, dass sie sich von den "écologistes" nicht erpressen liessen. Wer jetzt denkt, dies wäre für die vier nationalen Verbände Grund genug, sich aus dem Kandidaturkomitee zu verabschieden, liegt falsch. Man entschul-

digte sich schriftlich für den vielleicht etwas zu rüden Tonfall im Zusatzprotokoll und war weiterhin für jedes Gespräch und den Dialog bereit.

Kandidaturdossier: geschicktes PR-Produkt

Am 18. August 1994 wurde das Kandidaturdossier "Sitten-Wallis 2002" termingerecht beim Internationalen Olympischen Komitee eingereicht. Die VertreterInnen der schwei-

Hoffen auf Gewinn

Die Budgets der Bewerber um die Olympischen Winterspiele 2002 klaffen um nicht weniger als 800 Millionen Dollar auseinander. Das Budget enthält die Kosten für die Organisation der Spiele und die zu bauenden Anlagen. Sion rechnet bei Einnahmen von knapp einer halben Milliarde Dollar mit einem vorsichtig geschätzten Gewinn von 17,3 Millionen Dollar.

Die Budgets (in Mio. Dollar)

1. Sotschi (Russland)	1250	6. Jaca (Spanien)	663
2. Östersund (Schweden)	800	7. Quebec (Kanada)	592
3. Salt Lake City (USA)	797	8. Sion (Schweiz)	490
4. Graz (Österreich)	789	9. Poprad Tatry (Slowakei)	400
5. Tarvisio (Italien)	705		

Quelle: Sport intern, München, cash nr.41

Das Zusatzprotokoll

1. Keine Erhöhung der Strassenkapazität aufgrund von Olympia 2002

Der Walliser Staatsrat verpflichtet sich, aus Anlass der Olympischen Spiele keine Erhöhung der Strassenkapazitäten zuzulassen. Insbesondere dürfen die Olympischen Spiele kein Grund für einen beschleunigten und überdimensionierten Autobahn-Ausbau im Oberwallis sein. Deshalb erklärt sich der Staatsrat einverstanden, die N9-Projektierung aufgrund der lokalen Bedürfnisse zu etappieren und erst in einem späteren Zeitpunkt über einen eventuellen Ausbau von zwei auf vier Spuren zu entscheiden und diesen Entscheid an die bundesbehördliche Instanz weiterzuleiten.

2. Förderung öffentlicher Verkehr

Die Walliser Behörden sorgen dafür, dass im Kanton bis zum Jahr 2001 (also zur Hauptprobe bzw. zur Austragung der Olympischen Spiele) ein leistungsfähiges Netz des Öffentlichen Verkehrs besteht. Der Walliser Staatsrat erstellt deshalb unverzüglich ein Konzept zur Förderung des öffentlichen Verkehrs im Wallis. Er beantragt beim Grossen Rat, ab dem Budget 1995 den jährlichen Beitrag zugunsten des Öffentlichen Verkehrs im Vergleich zu 1994 um mindestens 50 Prozent zu erhöhen.

3. Massnahmenplan Luftreinhaltung

Die Jugend der Welt braucht für die OS 2002 saubere Luft. Aus diesem Grund ist der Massnahmenplan Luftreinhaltung unverzüglich an die Hand zu nehmen. Der Walliser Staatsrat verpflichtet sich bis zum 31. Dezember 1994 den Massnahmenplan Luftreinhaltung gemäss der Umweltschutzgesetzgebung bei der Bundesbehörde einzureichen.

4. Lenkungsmassnahmen Zweitwohnungsbau

Mit Blick auf Olympia 2002 ist ein erneuter Bauboom im spekulativen Zweitwohnungsbau zu erwarten. Damit die miserable Auslastung der Walliser Parahotellerie nicht noch verschärft wird, verpflichtet sich der Walliser Staatsrat, beim Grossen Rat eine Änderung bzw. Ergänzung der bestehenden Raumplanungsgesetzgebung zu beantragen, die zum Ziel hat, dafür zu sorgen, dass die Zahl der jährlichen Baubewilligungen für den Zweitwohnungsbau in den kommenden Jahren den Jahresdurchschnitt der vergangenen fünf Jahre (1989 bis 1994) nicht übersteigt.

5. Schutzdekret Pfywald

Der Pfywald ist die wertvollste Naturlandschaft in der ganzen Rhoneebene. Das Schutzdekret für das Pfywald-Gebiet liegt verwaltungsintern seit langer Zeit beim Kanton Wallis. Eine Beschlussfassung fehlt bis heute. Der Walliser Staatsrat gibt seine Zusicherung, bis zum 31. Dezember 1994 ein Dekret für den Schutz des Pfywald-Gebietes mit einem Massnahmenplan für die Erhaltung und Aufwertung der Naturwerte und des Landschaftsbildes vorzulegen. Grundlage dazu bildet das Schutzkonzept des SBN.

6. Rückbau- und Wiederinstandstellungsgarantie

Wohl ist im offiziellen Budget ein Posten vorgesehen für den Rückbau und die Wiederinstandstellung, was fehlt, ist eine verbindliche Garantie. Darum verpflichtet sich das Kandidatur- respektive Organisationskomitee OS 2002, vor Baubeginn auf ein Sperrkonto eine Bankgarantie (10 Prozent der Bausumme) für den Rückbau, respektive die Wiederinstandstellung, zu hinterlegen.

Schlussbestimmung

Die Zusicherungen des Walliser Staatsrates zu den Punkten 1-5 und des Organisationskomitees und des Stadtrates von Sitten für den Punkt 6 sind für die Stellungnahme der Umweltorganisationen gegenüber dem IOC entscheidend. Wenn ihre positive Haltung zu den Spielen im Dossier aufgenommen werden soll, muss die Zusicherung vor dem 18. August 1994 erfolgen. Bleibt die Zusicherung ganz aus, behalten sich die vier Organisationen (SGU, VCS, NFS, SBN) den Austritt aus dem Komitee vor.

zerischen Umweltorganisationen bekamen das Dossier erstmals rund einen Monat später, zur gleichen Zeit wie die Medien, ausgehändigt. Der erste Eindruck zum Dossier: PR-mässig geschickt aufgezogen. Das Wallis präsentiert sich von seiner besten Seite. Bei einem zweiten näheren Blick mussten die UmweltschützerInnen erstaunt zur Kenntnis nehmen, dass sie den Umweltvertrag offenbar unterschrieben hätten. Und dass sie zudem einen Sitz im Exekutivkomitee innehätten. Hier handelte es sich zweimal um eindeutig falsche Informationen zuhanden des IOC. Zudem war im Kandidatur dossier erstmals nachzulesen, dass die Eröffnungs- und Schlussfeierlichkeiten für 25'000 ZuschauerInnen in einem BLN-Gebiet zwischen den Burg- hügeln Valeria und Tourbillon in Sitten vorgesehen sind. Mit dem Kandidatur dossier legten die Olympiapromotoren ihre Karten offen, und damit wurde deutlich, wie ernst sie es mit den "grünen Spielen" gemeint hatten. Nach internen Diskussionen innerhalb der Verbands- spitzen zeigte man sich ein weiteres Mal äusserst vertrauensselig gegenüber den Olympiapromotoren. Man beschloss, weiterhin im Kandidatur- komitee zu verbleiben, sich jedoch unverzüglich zu einer ernst- en Aussprache mit den Verantwortlichen des Kandidaturkomitees und des Staatsrates zu treffen.

Weitere Abstriche

In einem Pressecommuniqué vom 26. Oktober 1994 wurde das Resultat des Treffens zwischen den beiden Staats- räten Bernard Bornet und Wilhelm Schnyder, Vertretern der vier Um- weltorganisationen (NFS, SPN, SGU und VCS) und den Repräsen- tanten der Olympia-Kandidatur Sion 2002 veröffentlicht. Eine offene Diskussion hätte Klärungen und Zusicherungen ergeben. Unterschiedliche Auffassun- gen gebe es noch bei dem Standort der Eröffnungs- und Schlusszeremonie sowie beim Schutz des Pfywaldes. Die Umweltverbände hätten sich ein- verstanden erklärt, das N9-Dossier, Punkt 1 des Zusatzprotokolls, ausser- halb der Olympia-Diskussion zu be- handeln. Der Naturvertrag würde von den Umweltverbänden unterzeichnet, sobald die noch offenen Punkte zu- friedenstellend geklärt seien. Und: im Anschluss des Treffens hätten sich die Umweltverbände entschieden, die

Zusammenarbeit mit dem Kandidaturkomitee fortzuführen. Die Falsch-aussagen im Kandidaturdossier wurden im gemeinsam veröffentlichten Communiqué mit keinem Wort erwähnt. Noch schlimmer: die Umweltverbände vergaben ihre Trumpfkarte, um mit dem Projekt Olympia 2002 eine vernünftige Verkehrs- und Autobahnpolitik im Kanton Wallis herbeizuführen.

Wer einmal drin ist, tut sich mit einem Austritt schwer

Eines hat die Dialogbereitschaft der UmweltschützerInnen gegenüber den Olympiapromotoren gezeigt: wer einmal ja zu einer Mitarbeit gesagt hat, bekundet grosse Mühe, gehörig auf den Tisch zu klopfen, um seine Forderungen durchzusetzen. Plötzlich werden Inhalt und Ton fremdbestimmt. Ein "Sich-Verabschieden" vom gemeinsamen Verhandlungstisch scheint schier unmöglich. Man besinnt sich auf vermeintlich Erreichtes und verschwendet seine Energien damit, Positionen in fremden Gefilden

zu verteidigen und interne Machtkämpfe auszutragen. Wer die ganze Chose von aussen betrachtet, zieht eine nüchterne Bilanz: Der Einfluss der Umweltverbände auf die Olympiakandidatur Sitten-Wallis 2002 ist bis dato vernachlässigbar klein. Auf das 530 Seiten starke Kandidaturdossier hatten die Umweltschützer überhaupt keinen Einfluss, die einmal im Zusatzprotokoll klar formulierten Forderungen wurden zusehends schwammiger und es wurden häppchenweise Zugeständnisse gemacht. Und schliesslich erkennen sich die Umweltverbände in einer Rolle wieder, von welcher sie sich immer klar distanziert hatten, die ihnen aber von Anfang zgedacht worden war: die Rolle der grünen Alibiträger im Kandidaturkomitee, damit die Olympiapromotoren und Umweltsünder von gestern ihr ökologisches Gewissen weisswaschen können und sich, bedeckt mit dem grünen Feigenblatt, gegenüber dem IOC keine Blöße geben müssen. □

Die Termine

9. Mai 1994

Zustimmung Defizitgarantie von 15 Millionen durch die Legislative der Stadt Sitten

12. Juni 1994

Zustimmung Defizitgarantie von 30 Millionen durch das Walliser Stimmvolk

18. August 1994

Einreichung des Kandidaturdossiers an das IOC

3.-4. Dezember 1994

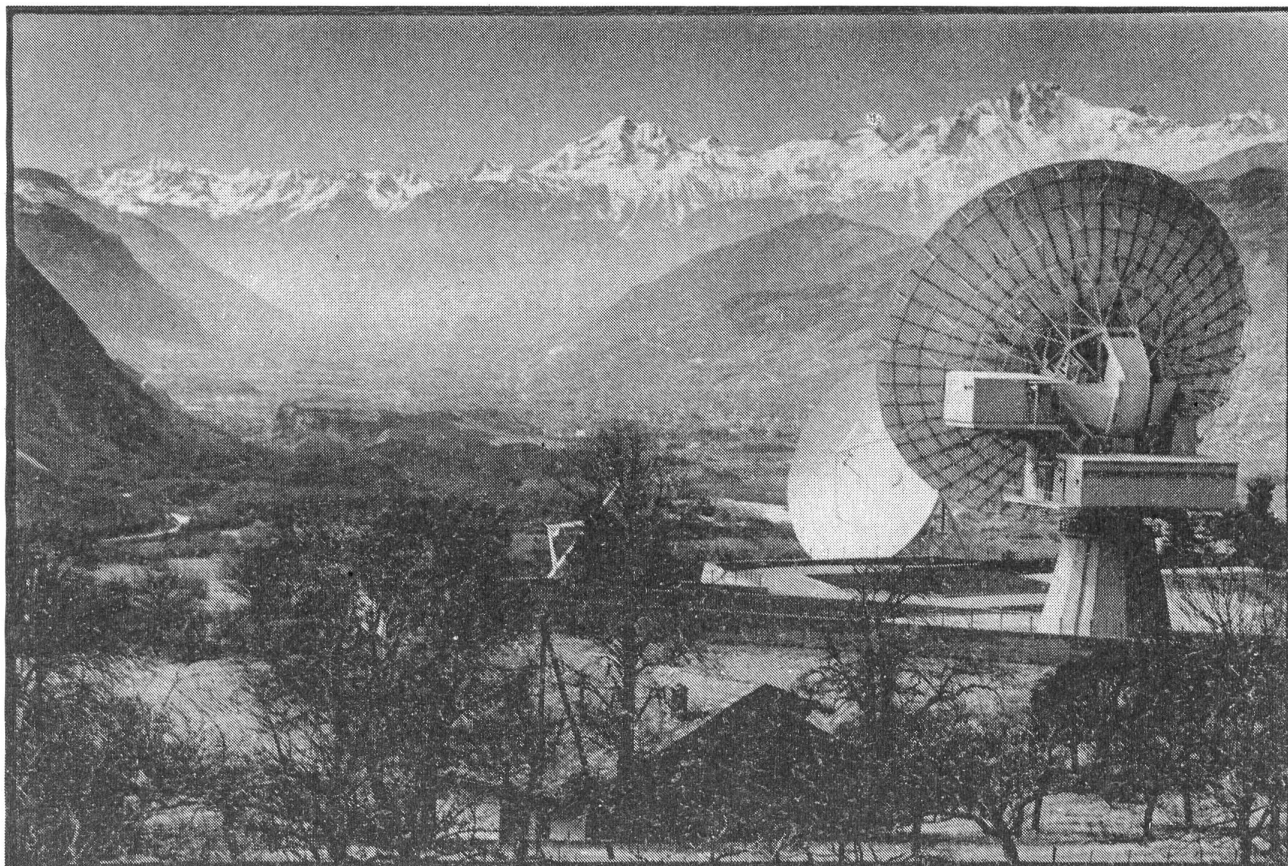
Sitzung der Evaluationskommission des IOC in Lausanne

23.-24. Januar 1995

Auswahl der letzten vier Finalteilnehmerinnen

16. Juni 1995

Definitive Auswahl des Austragungsortes für die Olympischen Winterspiele 2002



Dialog.

Foto: Monika Estermann

ENERGIE&UMWELT 4/94 7